

Antrag

Initiator*innen: Birgit Wolters, Judith Petersen, Lukas Färber, Marie Diekmann
(KV Münster)

Titel: **Selbstbestimmt engagiert: Für
Freiwilligendienste mit Zukunft statt
Pflichtdiensten von Gestern**

Antragstext

Der Kreisverband Münster von **Bündnis 90/Die Grünen** spricht sich **klar gegen die Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres oder anderer Pflichtdienste für junge Menschen** aus. Wir fordern stattdessen eine wirksame **Stärkung der Freiwilligendienste** und **eine moderne, zivile Engagements- und Sicherheitspolitik**, die auf Beteiligung statt auf Zwang setzt.

Konkret fordern wir:

1. Ablehnung von Pflichtdiensten: Junge Menschen dürfen nicht zu einem Dienstjahr verpflichtet werden – weder im sozialen Bereich oder im Katastrophenschutz noch bei der Bundeswehr. Ein solcher Pflichtdienst greift massiv in die persönliche Freiheit und Lebensplanung ein, ist sozial unausgewogen und löst keine strukturellen Probleme.

2. Aufwertung und Stärkung der Freiwilligendienste: Wer sich engagieren will, soll dies freiwillig tun können – unter guten Bedingungen. Dafür gibt es bereits wertvolle etablierte Strukturen durch den Bundesfreiwilligendienst (BFD), das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und andere Formen von Freiwilligendiensten. Diese sollen gestärkt und aufgewertet werden durch

- eine **angemessene Bezahlung**, die mehr ist als ein Taschengeld und zum Leben ausreicht,

- **mehr Plätze und stabile Finanzierung** für Trägerorganisationen, die auch längerfristige Planungen ermöglicht,
- **offenere Zugänge** auch für Menschen mit Behinderung, geringem Einkommen oder Flucht- und Migrationsgeschichte und Menschen mit Care-Verpflichtungen, z.B. durch die Möglichkeit der Teilzeitarbeit,
- mehr **Anreize für Freiwilligendienstleistende**, etwa die kostenlose Nutzung des ÖPNV.

3. Strukturelle Probleme politisch lösen – nicht auf den Schultern junger

Menschen abladen: Personalmangel in Pflege, Bildung, Katastrophenschutz oder Sozialarbeit ist keine Folge mangelnden Pflichtbewusstseins junger Generationen, sondern fehlender politischer Prioritäten. Statt Pflichtdienste einzuführen, braucht es bessere Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und Investitionen in diese Bereiche.

4. Sicherheitspolitik neu denken: Wir stehen einer zunehmenden Bedrohungslage durch internationale Konflikte und Krisen, neuen Formen der Kriegsführung, aber auch durch häufiger werdende Naturkatastrophen gegenüber. Für diese sicherheitspolitischen Herausforderungen braucht es ein modernes Verständnis von Wehrhaftigkeit durch

- den **Ausbau freiwilliger Strukturen**, etwa durch eine zentrale Koordinierungsstelle auf Bundesebene und die bessere Vernetzung unterschiedlicher Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Katastrophenschutz und Militär,
- **niedrigschwellige Zugänge** zum zivilgesellschaftlichen Engagement und militärischen Dienst für freiwillig Engagierte aus allen Generationen, etwa im Rahmen von Reserveübungen ,
- gezielte Reformen in der Bundeswehr, die sie funktionsfähiger und für Freiwillige attraktiver machen – aber **keine Rückkehr zur Wehrpflicht** für junge Menschen.

5. Klare GRÜNE Linien: Wir fordern die Landes- und Bundespartei sowie die Bundestagsfraktion auf, sich klar gegen Pflichtdienste jeglicher Form zu positionieren und für den Ausbau und die Verbesserung freiwilliger Engagementformen, seien dies Freiwilligendienste oder regelmäßiges ehrenamtliches Engagement, einzutreten. Wir fordern die Ratsfraktion dazu auf, sich für die Stärkung und Ausweitung der Freiwilligendienste bei der Stadt Münster einzusetzen.

Begründung

Die Debatte um ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr wird häufig mit dem Wunsch nach mehr gesellschaftlichem Zusammenhalt oder der Stärkung der Wehrhaftigkeit begründet. Ein Pflichtdienst, insbesondere wenn er ausschließlich junge Menschen verpflichtet, ist dafür aber **keine sinnvolle oder gerechte Lösung**.

Ein verpflichtender Dienst bedeutet für junge Menschen einen **massiven Eingriff in ihre persönliche Freiheit und Lebensplanung** – z. B. beim Übergang in Ausbildung, Studium oder Beruf. Das ist insbesondere mit Blick auf die gesamtgesellschaftliche Position von Jugendlichen und jungen Erwachsenen abzulehnen. Laut Shell-Jugendstudie von 2024 engagieren sich bereits 40% der Jugendlichen für die Gesellschaft oder ihre Mitmenschen. Jugendliche tragen auch ohne einen Pflichtdienst entscheidend zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

Die Jugendverbände im Deutschen Bundesjugendring (DBJR) und die Bundesarbeitsgemeinschaft Freiwilligendienste machen seit Jahren klar: **Engagement lebt von Freiwilligkeit**. Nur wer sich freiwillig beteiligt, identifiziert sich auch mit den Aufgaben und bringt Motivation und Kreativität in die Arbeit ein. Dafür gibt es bereits **etablierte Freiwilligendienste**, die aber in den vergangenen Jahren immer wieder Ziel von Haushaltskürzungen werden sollten. Statt Unsummen für einen verpflichtenden Dienst auszugeben, sollte die langfristige Finanzierung der Freiwilligendienste und ihr Ausbau abgesichert werden.

Zugleich würde ein Pflichtdienst **die Ursachen struktureller Probleme nicht beheben**: Personalmangel in der Pflege, unterbesetzte Kitas, fehlender Katastrophenschutz und die mangelnde Verteidigungsfähigkeit entstehen nicht, weil junge Menschen zu wenig tun, sondern weil die Politik zu wenig investiert und falsche Prioritäten setzt. Eine Pflicht kaschiert diese Versäumnisse – und verschiebt die Verantwortung auf die Jugend, die in einer Welt, die sie nur im Dauerkrisenmodus kennen, auch ohne Pflichtdienst mehr als genug Last auf ihren Schultern trägt.

Ein Pflichtdienst ist zudem **keine geeignete sicherheitspolitische Antwort** auf neue Bedrohungslagen. Es braucht eine **zivile Resilienz**, funktionierenden Katastrophenschutz und ein modernes Verteidigungsverständnis – nicht die Rückkehr zu einer Wehrpflicht aus dem letzten Jahrhundert.

Wir Grüne stehen für **Freiwilligkeit, Selbstbestimmung und gesellschaftlichen Zusammenhalt auf Augenhöhe**. Junge Menschen sollen die Chance haben, sich einzubringen – nicht die Pflicht. Deshalb lehnen wir Pflichtdienste ab und setzen auf starke Freiwilligendienste und gute politische Rahmenbedingungen für ein **breites gesamtgesellschaftliches Engagement aller Generationen**.

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 30.10.2025)

Titel: Politische Teilhabe verbessern: Barrieren abbauen, Engagement für alle ermöglichen

Antragstext

1 Die Kreismitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Münster beschließt die
2 Gründung einer Inklusionskommission. Ihr Ziel ist es, die Belange von Menschen
3 mit Behinderung oder chronischer Erkrankung in den Blick zu nehmen, zu stärken
4 und Maßnahmen anzustoßen, um sie in unserem Kreisverband, seinen Gruppen,
5 Gremien und Veranstaltungen besser zu berücksichtigen.

Auftrag der Kommission

6
7 Die neu zu gründende Inklusionskommission hat primär den Auftrag, bestehende
8 Barrieren im Kreisverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Münster zu identifizieren
9 und weitgehend abzubauen, um die ungehinderte Teilhabe aller Mitglieder und
10 Interessierten zu gewährleisten.

11 Mittel- und langfristiges Ziel der Kommission ist es, bestehende Hürden sowohl
12 physischer, kommunikativer als auch struktureller Art abzubauen und die
13 Sensibilisierung für Inklusion im gesamten Kreisverband zu stärken. So soll die
14 Kommission für die Entwicklung der Münsteraner GRÜNEN hin zu einem inklusiven
15 und barrierefreien Kreisverband sorgen.

16 Die Kommission soll dafür mit unterschiedlichen Gruppen und Gremien der Partei
17 in Austausch treten, mit dem Vorstand und der Geschäftsstelle zusammenarbeiten
18 und Vorschläge zur Umgestaltung der Abläufe und Prozesse im Kreisverband
19 vorlegen. Dafür sollen die Mitglieder der Kommission auf Menschen aus dem
20 angesprochenen Personenkreis (innerhalb oder außerhalb der Partei) zugehen, sie

anhören und auch externe Partner hinzuziehen. Mit der
Personalentwicklungskommission soll ebenfalls eine Kooperation bestehen.

Strukturelle Organisation der Kommission

Die Inklusionskommission besteht aus sechs von der Kreismitgliederversammlung
gewählten Personen. Die Gruppe soll sich eine Organisationsstruktur geben, indem
sie z.B. zwei Sprecher*innen wählt. Ihre Arbeit soll innerhalb von zwei Jahren
zu einem Abschluss gebracht und der Mitgliederversammlung vorgestellt werden.
Die Umsetzung der Maßnahmen kann in Teilen, muss aber nicht von den Mitgliedern
der Kommission durchgeführt werden. Für ihre Arbeit erhält die Kommission ein
Budget.

Die Kommission soll zu mindestens 50% aus Menschen mit Behinderung oder
chronischer Erkrankung bestehen.

Begründung

Mit dem Beschluss „GRÜNE Münster inklusiv und barrierefrei“ hat die Kreismitgliederversammlung am
02.07.2024 Grundlagen für die inklusive Ausrichtung des Grünen Kreisverbandes Münster vereinbart. Dabei
soll Inklusion als universelles Prinzip für alle Prozesse zugrunde gelegt werden. Mit dem Beschluss war auch
die Überlegung zur Einrichtung einer entsprechenden Inklusionskommission verbunden.

Die Kreismitgliederversammlung hat am 14.11.2023 einstimmig ein Vielfaltsstatut beschlossen: [https://kmv-
ms.antragsgruen.de/2023-11-14/statut-fur-eine-vielfaltige-partei-25167](https://kmv-ms.antragsgruen.de/2023-11-14/statut-fur-eine-vielfaltige-partei-25167). Verschiedene Maßnahmen sollen
nun dazu führen, den Zugang in unsere Partei, ihre Arbeit und Strukturen zu verbessern, insbesondere für
Menschen, die bei uns deutlich unterrepräsentiert sind. Nachdem bereits die BiPoC-Kommission ihre Arbeit
aufgenommen hat, ist schon seit Längerem die vertiefte Arbeit an besseren inklusiven Strukturen angedacht
und soll mit der Arbeit der Kommission konkret werden.